

**Antrag**  
**der Fraktion der SPD**

**Einsetzung einer Gemeinsamen Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen**

Der Bundestag wolle beschließen:

**I.**

Die Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. 1995 bestand in den alten Ländern ein Finanzierungsdefizit der Städte und Gemeinden von über 10 Mrd. DM, in den neuen Ländern von 3 Mrd. DM. Immer mehr Kommunen sehen sich außerstande, ihre laufenden Ausgaben und den Schuldendienst aus laufenden Einnahmen zu finanzieren und veräußern in dieser Notsituation Vermögen.

Vor dem Hintergrund dieser Finanzkrise können zunehmend mehr Kommunen dem öffentlichen Auftrag und den an sie gestellten Ansprüchen nicht mehr voll gerecht werden und laufen Gefahr, ihre politischen Steuerungsinstrumente vollends zu verlieren.

**II.**

Die Krise der kommunalen Finanzen kann nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden. Der Deutsche Bundestag hält eine Reform der Gemeindefinanzen für notwendig. Die finanzielle Lage der Kommunen darf nicht durch weitere Lastenverlagerung ohne finanziellen Ausgleich verschärft werden. Gesetzliche Aufgabenbegründung und Finanzverantwortung der Gebietskörperschaften müssen zusammengeführt werden. Die steigende Belastung der Kommunen mit Sozialhilfeausgaben muß überprüft werden. Ziel der Reform muß es sein, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Gemeinden im Sinne des Artikels 28 Abs. 2 GG zu gewährleisten, insbesondere ihre originäre Steuerkraft zu stärken.

**III.**

Der Deutsche Bundestag schlägt die Einsetzung einer Gemeinsamen Kommission von Deutschem Bundestag und Bundesrat vor, die, unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände und unter Hinzuziehung von Vertretern aus der Wissenschaft, den gesetzgebenden Körperschaften Vorschläge zu einer Reform der Gemeindefinanzen unterbreitet.

Bonn, den 9. Oktober 1996

**Rudolf Scharping und Fraktion**

